

	<p>Fronten im Agrarstreit bleiben verhärtet Hitzige Debatten um die Agrargemeinschaften hat es am Freitagabend im Renner-Institut Tirol gegeben. Geladen waren Vertreter der Agrar und der Gemeinden. Was zu einer Annäherung führen sollte, führte zu heftigen Wortgefechten. Sozialer Friede gefährdet Wenn es um das Vermögen der 287 strittigen Agrargemeinschaften in Tirol geht, gehen die Emotionen hoch. Der soziale Frieden in vielen Gemeinden sei gefährdet, die Zweiklassengesellschaft ziehe in Tirol ein, lautete der Tenor auf beiden Seiten.</p>
	<p>Bernd Oberhofer: "Liegenschaft jahrelang bewirtschaftet." Agrarier: Ersessenes Recht Die rechtlichen Vertreter der Agrarier pochten auf die Grundbücher und den Rechtsstaat. Bernd Oberhofer, Rechtsanwalt mehrerer Agrargemeinschaften, sprach von ersessenem Recht: "Gerechtigkeit bedeutet, dass das Ergebnis der eigenen Arbeit rechtlich geschützt ist, das ist der Eigentumsschutz. Wenn jemand 30, 40, 50 oder 60 Jahre lang eine Liegenschaft als seine eigene bewirtschaftet, sodass er dann von der Rechtsordnung als Eigentümer anerkannt wird, nennen wir das Ersitzung."</p>
	<p>Günther Hye: "Fläche, so groß wie Osttirol." Gemeinden: VfGH-Erkenntnisse umsetzen Die Vertreter der Gemeinden beriefen sich auf die Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofs und damit ebenfalls auf den Rechtsstaat. Landtagsklubdirektor Günther Hye (SPÖ) argumentierte: "Wir leben in einem Rechts- und Verfassungsstaat. Das heißt, dass Verfassungsgerichtshoferkenntnisse umzusetzen sind. In Tirol geht es um eine Fläche von mehr als 2.000 Quadratkilometern, die den Gemeinden durch rechtswidrige und offenkundig verfassungswidrige Regulierungsverfahren genommen wurde. Das ist eine Größenordnung zwischen Osttirol und Vorarlberg."</p>
	<p>Ernst Schöpf: "Ob es schmeckt oder nicht, ist nicht die Frage." Eigentum übertragen und verschoben Ernst Schöpf, der Präsident des Tiroler Gemeindeverbands sieht die Angelegenheit pragmatisch: "Dass in der Geschichte dieses Landes Eigentum übertragen und verschoben wurde, müssen wir zur Kenntnis nehmen. Ob es schmeckt oder nicht, ist nicht die Frage."</p>

Die Agrargemeinschaftsvertreter bestritten, entgegen dem Höchstgerichtserkenntnis, dass alles zuvor Gemeindeeigentum gewesen sei. Anstatt sich anzunähern, rückte man noch weiter auseinander.